



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT

**Deutsch-Israelische Gesellschaft
Arbeitsgemeinschaft Stuttgart und Mittlerer Neckar**

Franz-Hellmut Schürholz (v.i.S.d.P.), Vorsitzender
Amselweg 9, 74343 Sachsenheim
Tel. 0 71 47 / 89 60, Fax 0 71 47 / 27 05 63
f.h.schuerholz@gmx.de
Konto 8 710 725, BW-Bank Stuttgart BLZ 600 501 01

www.dig-stuttgart.net

**Israels Existenz
sichern**

**Die iranische
Atombombe
verhindern**

Mit großer Sorge verfolgen wir die iranische Politik gegenüber Israel. Der iranische Präsident wie auch andere hohe Vertreter des Iran werden nicht müde, dem Staat Israel das Recht auf Existenz abzusprechen und dem Land seine bald bevorstehende Vernichtung anzudrohen.

Die verbalen Aggressionen gehen mit einer praktischen Politik einher, die israelfeindliche Terrororganisationen wie Hisbollah und Hamas mit Geld, modernsten Waffen und militärischer Ausbildung unterstützt. Damit nicht genug, treibt der Iran ein Atomprogramm voran, das innerhalb eines kurzen Zeitraums zu Herstellung atomarer Sprengsätze führen kann. Das Land weigert sich beharrlich, der Aufforderung des UN-Sicherheitsrats Folge zu leisten und von der Urananreicherung abzulassen, welche die Grundlage zur Herstellung von Atomwaffen bildet.

Die friedensgefährdenden Worte wie die Taten der derzeitigen iranischen Politik müssen ernst genommen werden. Handeln ist geboten. Dabei kommt Deutschland eine Schlüsselrolle zu: Einerseits ist die gesicherte Existenz Israels Bestandteil der deutschen Staatsräson. Andererseits ist Deutschland der wichtigste Handelspartner des Iran und unterhält vielfältige wissenschaftliche wie kulturelle Beziehungen bis hin zu kommunalen Partnerschaften. Deshalb fordern wir die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, alle Möglichkeiten der Einwirkung auf die iranische Politik zu nutzen, damit diese von ihrer Israelfeindschaft, von der Unterstützung des internationalen Terrorismus, sowie von denjenigen Bestandteilen ihres Atomprogramms ablässt, die auch nach Auffassung des UN-Sicherheitsrats zu militärischen Zwecken missbraucht werden können.

Die jahrzehntelang betriebene europäische und deutsche Politik gegenüber dem iranischen Regime ist einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Sie hat weder die inneren Reform- und Oppositionskräfte gestärkt noch den Kurs des Iran auf die Atombombe verhindert. Alle Warnungen vor einer atomaren Bedrohung durch den Iran versanden. Die Sanktionen des UN-Sicherheitsrats haben bisher ihre Wirkung verfehlt. Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und dem Iran stieg im letzten Jahr wieder um 10 Prozent. Die Ankündigungen der westlichen Welt eine künftige atomare Bedrohung durch den Iran zu verhindern, verlieren an Glaubwürdigkeit.

Es ist höchste Zeit, dass die Wirtschaftsbeziehungen zum Iran auf den Prüfstand kommen. Bundestag und Bundesregierung müssen dem Iran mit einem Wirtschaftsembargo deutlich machen, dass es Deutschland mit seiner Verantwortung für das Existenzrecht Israels ernst ist. Maschinen und Anlagen sind auf Ersatzteile aus Deutschland angewiesen. Würden ab sofort keine Güter aus Deutschland mehr in den Iran geliefert, hätte dies beträchtliche Auswirkungen auf die iranische Wirtschaft. Die deutsche Politik hat es also in der Hand, sehr wirksam gegen die iranische Atombombe vorzugehen. Je weniger diese Möglichkeit genutzt wird, umso wahrscheinlicher wird eine militärische Auseinandersetzung.

Deshalb fordern wir von der deutschen und europäischen Politik:

- **Wirkungsvolle Boykottmaßnahmen gegen den Iran**
- **Das Verbot der Hisbollah und anderer gegen Israel kämpfender Terrororganisationen in Deutschland.**